

# REPORT BERLIN

Bericht aus dem  
Deutschen Bundestag  
von Carsten Müller

01/2017



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

ich hoffe, Sie sind gut in das neue Jahr gestartet. Auch wenn 2017 schon ein paar Tage alt ist, wünsche ich Ihnen noch **alles Gute, viel Glück**, maximale Erfolge, zahlreiche schöne Momente sowie stets allerbeste Gesundheit.

In diesem Jahr wird ein neuer **Deutscher Bundestag** gewählt. Für diese Wahl am 24. September hat mich meine Partei, die CDU Braunschweig, erneut mit großer Mehrheit als Direktkandidat für den Wahlkreis 50 nominiert. Das Ziel ist klar: Auch weiterhin möchte ich meiner Heimatregion Braunschweig im Deutschen Bundestag in Berlin eine starke Stimme geben! Die drei zurückliegenden Jahre im Parlament waren für mich nicht nur geprägt durch große bundespolitische Herausforderungen, sondern vor allem durch den Einsatz für Stadt und Region Braunschweig. Daran möchte ich nach der Bundestagswahl 2017 als „Lobbyist für Braunschweig“ naht-los anknüpfen. Bevor es jedoch soweit ist, heißt es im Sommer für mich: Wahl-kampf, Wahlkampf, Wahlkampf – oder anders formuliert: informieren, werben, überzeugen. Das wird eine intensive Aufgabe, auf die ich mich schon heute freue.

Ein wichtiges Thema dieses Jahres wird die **innere Sicherheit** sein – ihre Stärkung wird weiterhin höchste Priorität genießen! Wir haben in dieser Wahlperiode bereits eine Menge erreicht. Wir sind uns aber in der Koalition einig, weitere Maßnahmen auf den Weg zu bringen wie etwa einen weitergehenden Einsatz von Fußfesseln gegen Gefährder. Sehr zu begrüßen ist es auch, dass die SPD nun endlich dabei mitmachen will, die Hürden bei der Abschiebehaft zu senken und das Ausreisegewahrsam zu verlängern. Wichtig ist es auch, insgesamt noch besser gegen terroristische Gefahren gewappnet zu sein. Dabei muss auch grundsätzlich über die Sicherheitsarchitektur nachgedacht werden. Mit Blick auf die Kompetenzen in Bund und Ländern darf es keine Denkverbote geben.

Am Mittwoch fand im Unterausschuss ein Fachgespräch zur Rückholung radioaktiver Abfälle aus **Asse II** statt. In dem Gespräch wurde deutlich, dass der Begleitprozess ein wichtiger Baustein für die Stilllegung der Asse II ist. Dieser muss jedoch dringend weiterentwickelt und an geänderte Rahmenbedingungen angepasst werden. Wichtig ist, dass verloren gegangenes Vertrauen bei der Zusammenarbeit zwischen der Asse-II-Begleitgruppe und dem Bundesamt für Strahlenschutz schnell wieder aufgebaut wird. Darüber hinaus sind Wege zu finden, wie mit inhaltlichen Konflikten umgegangen werden soll, bei denen es keine einstimmige Lösung geben wird.

Auf breite Ablehnung stieß der Vorschlag der Strahlenschutzkommission aus dem Dezember, die Asse voll zu verfüllen und die radioaktiven Abfälle an ihrem jetzigen Aufbewahrungsort zu belassen. Aus meiner Sicht ist ein solcher Vorschlag völlig kontraproduktiv und trägt nicht zur so notwendigen Vertrauensbildung bei. Für mich steht fest: **Es muss weiterhin mit Hochdruck an dem Ziel gearbeitet werden, den Müll aus der Asse zu holen und diese stillzulegen – möglichst rasch.** Das Bundesamt für Strahlenschutz ist hier am Ball und entwickelt Konzepte, ab wann und wie mit der Rückholung begonnen werden kann.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin

Carsten Müller

Berlin, 20. Januar 2017



**Carsten Müller**  
Mitglied des  
Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030/227 – 73298  
Fax: 030/227 – 76298  
[carsten.mueller@bundestag.de](mailto:carsten.mueller@bundestag.de)  
[www.carsten-mueller.com](http://www.carsten-mueller.com)

## **Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2017**

Die EU-Kommission hat im Oktober 2016 ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2017 angenommen und im Europäischen Parlament vorgestellt. Es ist das dritte Arbeitsprogramm der Juncker-Kommission und steht unter dem Motto „Für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt“. Die Kommission konzentriert sich dabei weiter auf die Umsetzung ihrer zehn zentralen politischen Prioritäten, darunter die Bekämpfung von Terrorismus, die Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise sowie die Stärkung der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion. Die Umsetzung der Schwerpunkte soll durch 21 Schlüsselinitiativen erreicht werden.

## **Änderung betäubungsmittelrechtlicher und anderer Vorschriften**

In zweiter und dritter Lesung wurde die betäubungsmittelrechtliche Verkehrs- und Verschreibungsfähigkeit von weiteren Cannabisarzneimitteln (getrocknete Blüten und Extrakte in standardisierter Qualität) beschlossen. Zur Sicherstellung der Versorgung mit diesen Arzneimitteln soll der Anbau von Cannabis zu medizinischen Zwecken unter strengen Vorgaben ermöglicht werden. Dazu wird das Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte beauftragt, den Bedarf zu ermitteln sowie dessen Herstellung und Vertrieb zu überwachen. Die Regelung dient einzig dem medizinischen Wohl der Patienten und ist strikt auf dieses Anwendungsgebiet beschränkt.

## **Gesetz zur Änderung des Vereinsgesetzes**

In zweiter und dritter Lesung wurde mit diesem Gesetz eine Änderung des Vereinsgesetzes beschlossen, um zu ermöglichen, dass die Kennzeichen verbotener Vereine effektiv und umfassend aus der Öffentlichkeit verbannt werden können. So wird verbotenen Vereinigungen etwa aus dem Rockermilieu die Verbreitung ihrer Symbole erschwert und damit der organisierten Kriminalität auch auf vereinsrechtlicher Ebene konsequent und wirksam begegnet. Insbesondere die Bekämpfung von Rockerkriminalität wird auf diese Weise unterstützt.

## **Dem Frieden verpflichtet – Friedens- und Konfliktforschung stärken**

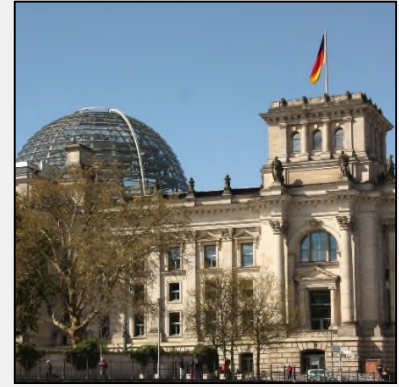
Die Friedens- und Konfliktforschung an deutschen Forschungseinrichtungen leistet ihren Beitrag zur Friedenssicherung, der Gewalt- und Krisenprävention und der Lösung von kriegerischen Konflikten. Diese Leistung wird mit dem Koalitionsantrag gewürdigt. Zugleich wird sich für eine gezielte Förderung dieses Forschungszweigs ausgesprochen. Über eine externe Evaluierung soll sichergestellt werden, dass diese Mittel bestmögliche Verwendung finden. Schließlich wird die Regierung dazu aufgefordert, die Verbreitung der gewonnenen Ergebnisse durch geeignete Maßnahmen zu fördern und in ihre eigene Arbeit einfließen zu lassen.

## **Sportbericht der Bundesregierung**

Die Bundesregierung bilanziert mit diesem Bericht ressortübergreifend die sportpolitische Entwicklung im Zeitraum von 2010 bis 2013. Dabei würdigt sie u.a. die hervorragenden Erfolge von deutschen Sportlern bei internationalen Wettbewerben, die Förderung des Leistungssports von Menschen mit und ohne Behinderung sowie die Bekämpfung von Doping, Spiel- und Wettmanipulation. Zentrales Ziel der Politik der Bundesregierung bleibt es auch in Zukunft, die Rahmenbedingungen für den professionellen Spitzensport ebenso wie für den Breitensport weiter zu verbessern und Deutschland als Standort für die Ausrichtung internationaler Sportgroßereignisse attraktiv zu gestalten.

**Weitere Informationen zur Woche im Deutschen Bundestag finden Sie auch hier:**

[www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)



## **Deutsches Wirtschaftswachstum auf Vierjahreshoch**

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr mit einem Plus von 1,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr so stark gewachsen wie zuletzt im Jahr 2011. Damit zeigte sich die konjunkturelle Lage wie schon in der Vergangenheit äußerst solide. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, trugen vor allem die privaten Konsumausgaben mit einem preisbereinigten Zuwachs von 2,0 Prozent zur positiven Entwicklung bei. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen im Vergleich mit plus 4,2 Prozent sogar noch stärker an. Als weitere Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums erwies sich die Investitionstätigkeit. Die preisbereinigten Bauinvestitionen legten im Jahr 2016 um 3,1 Prozent zu. Die gute konjunkturelle Lage wirkte sich auch erfreulich auf den Arbeitsmarkt aus, wo mit 43,5 Millionen der höchste Stand von Erwerbstätigen seit 1991 gemessen werden konnte. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

## **Gäste im Deutschen Bundestag**



**Im Rahmen ihres Schulpraktikums waren Ronja Kuschnik und Marco Saler am Mittwoch zu Gast im Deutschen Bundestag.**

## **Aufwärtstrend beim Nachwuchs**

Die Geburtenrate in Deutschland hat im Jahr 2015 einen neuen Höchststand erreicht. Mit 1,50 Kindern je Frau erreichte die zusammengefasste Geburtenziffer den höchsten Wert seit 33 Jahren. Damit setzt sich die positive Entwicklung bei der Zahl der Neugeborenen seit dem Jahr 2012 fort. Besonders viele Kinder wurden in den ostdeutschen Bundesländern geboren, im Schnitt 1,56 Kinder je Frau. Entsprechend führen Sachsen (1,59), Thüringen (1,56) und Mecklenburg-Vorpommern (1,55) als Spitzengruppe das Länderranking an. Das durchschnittliche Alter der Mütter blieb fast unverändert bei 31 Jahren. (Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Statistisches Bundesamt)